

# Bekanntmachungen

## Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

### Erste Bekanntmachung über den Fischfang durch deutsche Fischereibetriebe im Jahre 2006

Vom 12. Dezember 2005

Soweit die Seefischerei auf Grund des gemeinschaftlichen Fischereirechts oder nach dem Seefischereigesetz in der Fassung vom 6. Juli 1998 (BGBl. I S. 1791), zuletzt geändert durch Artikel 12 g Abs. 17 des Gesetzes vom 24. August 2004 (BGBl. I S. 2198), gemäß § 2 Abs. 2 des Seefischereigesetzes beschränkt ist, bedarf der Einsatz von Fischereifahrzeugen gemäß § 3 Abs. 1 des Seefischereigesetzes in der Fassung vom 6. Juli 1998 (BGBl. I S. 1791) einer Erlaubnis der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE).

Hierzu wird Folgendes bekannt gemacht:

#### I.

##### Vorläufige Fangerlaubnis

Soweit die Ausübung der Seefischerei einer Erlaubnis bedarf, wird diese hiermit bis zu einer weiteren Bekanntmachung im Bundesanzeiger oder bis zur Erteilung von Einzelfangerlaubnissen, längstens bis zum 31. März 2006, widerruflich unter folgenden Bedingungen erteilt:

1. Diese vorläufige Erlaubnis gilt nur für Fischereifahrzeuge unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland, die über eine gültige Fanglizenz nach der Verordnung (EG) Nr. 3690/93 vom 20. Dezember 1993 (ABl. EG Nr. L 341) verfügen, soweit eine Erteilung der Erlaubnis in der Lizenz nicht ausgeschlossen ist.
2. Die Erlaubnis zur Teilnahme an der Fischerei gilt nicht für Betriebe oder Fahrzeuge, denen die Fangerlaubnis endgültig oder zeitweise durch einen Bescheid entzogen oder versagt worden ist.
3. Die vorläufige Fangerlaubnis berechtigt nur zum Fang von Fischarten in ICES-Bereichen, für die der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2006 eine Quote zur Bewirtschaftung übertragen wird, und für die die BLE für das Jahr 2005 eine Fangerlaubnis erteilt hat.
4. Erfolgte Fänge bzw. genutzter Fangaufwand ab dem 1. Januar 2006 werden auf die Quoten bzw. dem zugeteilten Fangaufwand in später erteilten Fangerlaubnissen angerechnet.
5. Alle Fangerlaubnisse für das Jahr 2006 werden unter dem Vorbehalt erteilt, dass für den Einsatz von Fischereifahrzeugen in Gebieten mit einer Fangaufwandsregulierung entsprechender Fischereiaufwand (Einsatzzeit) zur Verfügung steht.

Eine Sammelerlaubnis für Fahrzeuge mit mehr als 500 BRZ kann erteilt werden, wenn durch einen Fischereibetrieb, eine Erzeugerorganisation oder eine Reederei die Einhaltung der zur Verfügung stehenden Fangtage entsprechend der gültigen Fangaufwandsregulierungen gewährleistet werden kann.

#### II.

##### Ausübung der Fischerei in bestimmten Fanggebieten

Auf Grund der Quotensituation wird die Fischerei wie nachfolgend aufgeführt eingeschränkt:

##### A. Für Fahrzeuge bis 500 BRZ:

1. Fischerei im ICES-Bereich III a Nord (Skagerrak)

##### a) Kabeljau

Der Fang von Kabeljau wird auf eine Höchstfangmenge von 1 t pro Monat und Fahrzeug beschränkt

##### b) Scholle

Der Fang von Scholle wird auf eine Höchstfangmenge von 1 t pro Monat und Fahrzeug beschränkt.

##### c) Seezungen

Der Fang von Seezungen wird auf eine Höchstfangmenge von 1 t pro Monat und Fahrzeug beschränkt.

##### d) Kaisergranat

Der Fang von Kaisergranat wird auf einen Beifang von zwei Prozent von der an Bord befindlichen Gesamtfangmenge beschränkt (siehe Ziffer IV Nr. 3 b dieser Bekanntmachung).

##### e) Schellfisch

Der Fang von Schellfisch wird auf eine Höchstfangmenge von 15 t pro Fahrzeug im ersten Quartal beschränkt.

Bei beabsichtigtem Fang der unter den Buchstaben a bis e genannten Fischarten ist das Einlaufen in den ICES-Bereich III a Nord (Skagerrak) der BLE per Telefon oder Telefax vorher anzumelden. Die Beendigung der Fischerei ist der BLE innerhalb von 24 Stunden unter Angabe der Fänge in kg Fanggewicht zu melden.

2. Fischerei im ICES-Bereich III a Süd (Kattegat)

Der Einsatz von Fischereifahrzeugen auf Grundfischarten ist in diesem Gebiet nur mit einer Einzelfangerlaubnis der BLE zulässig. Diese erhalten die Fischereibetriebe auf Antrag, wenn sie für ihr Fahrzeug auch über Fangaufwandtage in diesem Gebiet verfügen. Der Antrag muss spätestens bis zum 31. Januar 2006 bei der BLE eingegangen sein. Später eingehende Anträge können nur berücksichtigt werden, soweit Quoten noch nicht verteilt sind. Fischereitätigkeiten im Gebiet werden entsprechend auf die gültige Fangaufwandsregelung angerechnet.

Auf Grund der der Bundesrepublik Deutschland zugeteilten geringen Fangquoten werden bei der Verteilung vorrangig die Fischereibetriebe berücksichtigt, die ihre Fahrzeuge in den letzten drei Jahren in diesem Gebiet eingesetzt haben.

3. Fischerei in den ICES-Bereichen IV, II a (EU-Zone) (Nordsee)

a) Seezungen

Der Fang von Seezungen wird je Fahrzeug und Kalendermonat auf 2 t beschränkt.

b) Scholle

Der Fang von Scholle wird je Fahrzeug in einem Kalendermonat auf 6 t beschränkt.

c) Seehecht

Der Fang von Seehecht ist nur als Beifang bis zu zwei Prozent der an Bord befindlichen Gesamtfangmenge zulässig (siehe Ziffer IV. 3. b dieser Bekanntmachung).

d) Seeteufel

Der Fang von Seeteufel ist nur als Beifang bis zu fünf Prozent der an Bord befindlichen Gesamtfangmenge zulässig (siehe Ziffer IV. 3. b dieser Bekanntmachung).

e) Kaisergranat

Der Fang von Kaisergranat wird auf einen Beifang von zwei Prozent von der an Bord befindlichen Gesamtfangmenge beschränkt (siehe Ziffer IV. 3. b dieser Bekanntmachung).

f) Kabeljau

Der Fang von Kabeljau wird auf eine Höchstfangmenge von 1 t pro Monat und Fahrzeug beschränkt für Fahrzeuge, die 2005 über keine Einzelfangerlaubnis verfügten. Fahrzeuge, die 2005 über eine Einzelfangerlaubnis von weniger als 60 t verfügten, wird der Fang von Kabeljau vorerst auf eine Höchstfangmenge von 5 t pro Monat beschränkt. Für Fahrzeuge, die 2005 über eine Einzelfangerlaubnis von mehr als 60 t verfügen konnten, wird die Höchstfangmenge im ersten Quartal auf 60 t pro Fahrzeug beschränkt.

g) Schellfisch und Wittling

Der Fang von Schellfisch und Wittling wird auf eine Beifangmenge von maximal 5 % der an Bord befindlichen Gesamtfangmenge beschränkt.

4. Fischerei auf Dorsch in den ICES-Bereichen III b, c, d (EU-Zone) (Ostsee)

Für die Teilnahme an der Dorschfischerei gelten folgende Regelungen:

a) Fahrzeuge bis 9,99 m Länge über alles

aa) Fischereibetriebe dieser Gruppe, die einer Erzeugerorganisation angehören, bekommen von dieser eine Fangquote zugeteilt.

bb) Für Fischereibetriebe, die keiner Erzeugerorganisation angehören und im Nebenerwerb tätig sind, wird nach Anhörung der berufsständischen Verbände eine Quote zur gemeinschaftlichen Befischung festgelegt. Ein Antrag auf Zuteilung muss hierzu nicht gestellt werden. Die Höhe der Gemeinschaftsquote wird zum gegebenen Zeitpunkt im Bundesanzeiger bekannt gemacht. Die Fangmenge/Monat wird für diese Fahrzeuge im ersten Quartal auf maximal 100 kg je Fahrzeug festgelegt.

cc) Fischereibetriebe bis 9,99 m Länge über alles, die keiner Erzeugerorganisation angehören und im Haupterwerb tätig sind, erhalten eine Einzelquote, wenn die errechnete Jahresquote für Dorsch größer als 300 kg ist. Diese wird per Einzelfangerlaubnis zugeteilt. Kleinstquoten bis 300 kg pro Fahrzeug im Jahr werden von der BLE aus direkt verwaltet. Von diesen Fahrzeugen dürfen im ersten Quartal maximal 30 % ihrer bisher registrierten Jahresfangmenge gefangen werden.

Bei einem Wechsel vom Nebenerwerb zum nichtorganisierten Haupterwerb wird vor Erteilung einer Einzelfangerlaubnis zur Berechnung der Dorschquote die durchschnittliche Fangmenge der letzten drei Jahre (Referenzzeitraum) herangezogen. Ein Wechsel ist der BLE einen Kalendermonat vorher anzuzeigen.

Fangmeldungen für diese Fahrzeuge sind gemäß Ziffer III. 1. f) bb) dieser Bekanntmachung abzugeben.

b) Fahrzeuge von 10 m Länge über alles und mehr

- ba) Fischereibetriebe, die keiner Erzeugerorganisation angeschlossen sind, und nachweislich in den letzten drei Jahren an der Dorschfischerei teilgenommen haben, erhalten auf Antrag je Fahrzeug eine Einzelquote. Die Quotenhöhe richtet sich nach den allgemeinen Verteilungskriterien im Einklang mit § 3 Seefischereigesetz. Der Antrag muss bis zum 31. Januar 2006 bei der BLE eingegangen sein.

Der Antrag muss folgende Angaben enthalten:

- Name und Anschrift des Antragstellers;
- Fischereifahrzeug: Name, Fischereikennzeichen und EG-interne Nummer;
- Erklärung, dass das Fahrzeug keiner Erzeugerorganisation angeschlossen ist;
- Einsatzgebiet.

- bb) Fahrzeuge, die von Existenzgründern neu in Fahrt gebracht werden und zu ihrer Existenzsicherung im Haupterwerb an der Dorschfischerei teilnehmen müssen, jedoch über keine ausreichend hohen Referenzen im Dorschfang verfügen, erhalten die Durchschnittsmenge aller an der Dorschfischerei teilnehmenden Fahrzeuge vergleichbarer Größe und Leistung als Jahresquote aus einer für das Jahr 2006 zu bildenden Reserve zugeteilt. Voraussetzung für eine Quotenzuteilung ist die nachweisliche Ersetzung von Kapazitäten, die ehemals im Dorschfang eingesetzt waren.

- bc) Fischereibetriebe, die einer Erzeugerorganisation angeschlossen sind, erhalten für ihre Fahrzeuge ohne Antrag eine Dorschquote. Für diese Fahrzeuge oder Fahrzeuggruppen können Erzeugerorganisationen gemäß § 3 Abs. 4 des Seefischereigesetzes Sammelerlaubnisse erhalten (siehe hierzu besondere Meldeverpflichtungen gemäß Ziffer III. 1. f) ee) dieser Bekanntmachung).

- bd) Die Erteilung von Sammelquoten an die Erzeugerorganisationen wird an die Verpflichtung geknüpft, der BLE vor deren Zuteilung schriftlich die Übermittlung schiffsbezogener Fangpläne für die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Betriebe zuzusichern. Die Fangpläne selbst sind bis zum 30. April 2006 bei der BLE einzureichen.

Die Höhe der Fangquoten wird zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gemacht.

Auf Grund der geringen Gesamtquote werden bei der Verteilung vorrangig die Fischereibetriebe berücksichtigt, die ihre Fahrzeuge in den letzten drei Jahren im Dorschfang eingesetzt haben.

Anderen Fischereibetrieben kann eine Quote gewährt werden, wenn durch einen Quotenträger eine Dorschquote zur Verfügung gestellt wird. Sinngemäß kann hier auch ein Verbandsbeschluss Anwendung finden. Die für das Jahr 2006 gültige Fangregulierung wird für diese Fahrzeuge mit der endgültigen Quotenzuteilung zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gemacht. Der Einsatz solcher Fahrzeuge sowie aller Fahrzeuge, die die Fischerei überwiegend mit Baumkurren durchführen, bedarf für den Dorschfang einer Sonderfangerlaubnis der BLE.

Diese wird nur den Fahrzeugen erteilt, die in den letzten drei Jahren berechtigt an der Dorschfischerei teilgenommen haben, oder die ehemals in dieser Fischerei eingesetzte Kapazitäten ersetzen.

Nichtorganisierte Krabbenfahrzeuge, die in den letzten drei Jahren berechtigt an der Dorschfischerei teilgenommen haben, werden im Jahr 2006 an der Quote für die organisierten Krabbenfahrzeuge in Höhe ihrer berechneten Grundquote für den Referenzzeitraum beteiligt.

Als Sonderfangerlaubnis gilt auch die „Spezielle Fangerlaubnis“ gemäß Ziffer III. 1. a) ee) dieser Bekanntmachung.

5. Fischerei auf Hering in den ICES-Bereichen III b, c, d (EU-Zone):

Bis zur Aufteilung der Quote für 2006 durch die BLE ist die gezielte Fischerei auf Hering nur den Fischereifahrzeugen gestattet, die bereits in den vergangenen drei Jahren diese Fischerei betrieben haben.

6. Fischerei auf Sprotte in den ICES-Bereichen III b, c, d (EU-Zone):

Bis zur Aufteilung der Quote für 2006 durch die BLE ist die gezielte Fischerei auf Sprotten nur den Fischereifahrzeugen gestattet, die bereits in den vergangenen drei Jahren diese Fischerei betrieben haben.

7. Fischerei auf Scholle und andere Plattfischarten in den ICES-Bereichen III b, c, d (EU-Zone) (Ostsee):

Die Fischerei auf Scholle und andere Plattfischarten ist nur den Fahrzeugen gestattet, die für die drei vergangenen Jahre diese Fischerei in der Ostsee nachweisen können.

B. Für Fahrzeuge mit mehr als 500 BRZ:

Sollten Fahrzeuge dieser Fahrzeuggruppe über andere Quoten als Schellfisch und Wittling in den ICES-Bereichen II a, IV (EU-Zone) (Nordsee) verfügen, gilt Ziffer II A. 3. g) dieser Bekanntmachung entsprechend.

Für die Fahrzeuge werden Einzelfangerlaubnisse erteilt.

Unter bestimmten Voraussetzungen können bei der BLE auch Samelfangerlaubnisse beantragt werden.

III.

Nebenbestimmungen

1. Auflagen

Unter Bezugnahme auf § 3 Abs. 1 letzter Unterabsatz des Seefischereigesetzes gelten für alle Fangerlaubnisse folgende Auflagen:

a) Bestimmte Fangerlaubnisse, Zugangslizenzen

Abweichend von Ziffer I dieser Bekanntmachung ist die Aufnahme der Fischerei in den nachfolgend aufgeführten Gebieten und Zonen erst nach Antragstellung durch den Fischereibetrieb und einer Erlaubnis bzw. Zugangslizenz durch die BLE zulässig:

aa) Seelachs in den ICES-Bereichen V b (EU-Zone), VI, XII, XIV;

bb) in den Fischereizonen von Drittländern

cc) in den NAFO-Zonen außerhalb nationaler Fischereizonen;

dd) in den NEAFC-Bereichen außerhalb nationaler Fischereizonen

ee) Nach der Verordnung (EG) Nr. 779/97 des Rates vom 24. April 1997 (ABl. EG Nr. L 113) ist die Teilnahme an der Fischerei in den IBSFC-Untergebieten 22–32 (ICES-Bereiche III b, c, d) durch Fahrzeuge mit einer Länge zwischen den Loten von mehr als 15 Metern oder von mehr als 18 Metern über alles nur mit einer „Speziellen Fangerlaubnis“ gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1627/94 des Rates vom 27. Juni 1994 (ABl. EG Nr. 171) zulässig. Die BLE wendet für Fahrzeuge unter deutscher Flagge die Messmethode „Länge über alles von 18 m und mehr“ an und wird für Fahrzeuge, die bereits im Jahre 2005 eine solche Erlaubnis erhalten haben, ohne Antrag die „Spezielle Fangerlaubnis“ ausstellen, soweit die Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Soweit andere Fahrzeuge dieser Gruppe berechtigt sind, in den IBSFC-Untergebieten 22–32 die Fischerei auszuüben, wird diesen auf Antrag eine „Spezielle Fangerlaubnis“ erteilt.

Es wird empfohlen, Anträge über die betreffenden Verbände einzureichen.

ff) Nach Artikel 8 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1954/2003 des Rates vom 4. November 2003 (ABl. EU Nr. L 289) ist die Teilnahme an der Fischerei in den ICES-Gebieten V, VI, VII, VIII, IX und X sowie in den COPACE-Bereichen 34.1.1; 34.1.2 und 34.2.0 durch Fahrzeuge unter deutscher Flagge nur mit einer „Speziellen Fangerlaubnis“ gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1627/94 des Rates vom 27. Juni 1994 (ABl. EG L Nr. 171) zulässig. Die BLE wird für Fahrzeuge, die traditionell in diesen Gebieten die Fischerei ausgeübt haben, auf Antrag die „Spezielle Fangerlaubnis“ ausstellen, soweit die Voraussetzungen hierfür vorliegen. Diese Fahrzeuge müssen gleichzeitig auf einer der Listen gemäß Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1954/2003 aufgeführt sein.

gg) Nach Artikel 25 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 2287/2003 des Rates vom 19. Dezember 2003 (ABl. EG Nr. L 344) ist die Teilnahme an der Fischerei in den NAFO-Gebieten durch Fahrzeuge unter deutscher Flagge nur mit einer speziellen Fangerlaubnis zulässig.

hh) Nach Artikel 4 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1185/2003 des Rates vom 26. Juni 2003 (ABl. EU Nr. L 167) ist das Abtrennen und an Bordbehalten von Flossen von toten Haifischen nur den Fahrzeugen unter deutscher Flagge gestattet, die im Besitz einer speziellen Fangerlaubnis sind.

ii) Nach Artikel 4 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 2791/1999 in der Fassung der Verordnung (EG) Nr. 770/2004 (ABl. EG Nr. L 123) sind die Fischereifahrzeuge der Gemein-

schaft nur dann befugt Fischereiressourcen, die aus dem Regelungsbereich der NEAFC stammen, zu fischen, an Bord zu behalten und anzulanden, wenn sie eine spezielle Fangerlaubnis von ihrem Mitgliedstaat erhalten haben. Transportschiffe, die im NEAFC-Gebiet Fischprodukte von deutschen Fangschiffen übernehmen, müssen von der BLE hierzu autorisiert und im NEAFC-Sekretariat gemeldet sein.

- jj) Bestimmten Fischereifahrzeugen ist nach Artikel 29 Abs. 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 850/98 des Rates vom 30. März 1998 (ABl. EG Nr. L 125) die Fischerei in der Plattfischschutzzone nur mit einer „Speziellen Fangerlaubnis“ nach der Verordnung (EG) Nr. 1627/94 des Rates vom 27. Juni 1994 (ABl. EG Nr. L 171) erlaubt. Die BLE wird Fahrzeugen, die die Voraussetzungen nach Artikel 29 Abs. 2 der Verordnung 850/98 in der jeweils gültigen Fassung erfüllen, eine „Spezielle Fangerlaubnis“ ausstellen. Für die Fischerei gemäß Artikel 29 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 850/98 (Baumkurrenliste 2) wird eine zusätzliche „Spezielle Fangerlaubnis“ benötigt. Fischereifahrzeugen, die die Voraussetzungen erfüllen und dies der BLE nachgewiesen haben, wird die „Spezielle Fangerlaubnis“ ausgestellt, wenn ein Listenplatz zur Verfügung steht.

b) Mitnahmeverpflichtung

Sowohl Fangerlaubnisse/Einzelfangerlaubnisse, Spezielle Fangerlaubnisse sowie die Lizenz gemäß der Verordnung (EG) Nr. 3690/93 als auch Zugangslizenzen zu Fangzonen in Drittlandgewässern sind an Bord mitzuführen.

- c) Verbleib von Quoten bei Wechsel/Ausscheiden von Fischereifahrzeugen bzw. Wechsel der Erzeugerorganisation.

aa) Rückgabe von Fangquoten

Scheidet ein Fahrzeug innerhalb eines Jahres endgültig aus der Fischerei aus, sind die Jahresrestquoten dieses Fahrzeuges der BLE zu melden und für eine Neuverteilung zur Verfügung zu stellen. Wird das ausscheidende Fahrzeug durch ein anderes Fahrzeug ersetzt, können die Restquoten auf das Ersatzfahrzeug übertragen werden, sofern dieses Fahrzeug für einen Einsatz in der betreffenden Fischerei geeignet ist.

- bb) Abgabe von Quoten nach Wechsel eines Fischereifahrzeuges in eine andere Erzeugerorganisation.

Wechselt ein Fischereifahrzeug die Erzeugerorganisation, gibt die abgebende Erzeugerorganisation die dem Fischereifahrzeug zustehenden Quoten mit dem Fahrzeug zeitgleich an die aufnehmende Erzeugerorganisation. In Fällen der Nichteinigung entscheidet die BLE nach Aktenlage.

d) Fischereilogbücher

Fischereilogbücher sind die in den Anhängen I und II, Anlanderklärungen die in den Anhängen I und III der Verordnung (EWG) Nr. 2807/83 (ABl. EG Nr. L 276) festgelegten und den Fischereibetrieben durch die zuständige Fischereibehörde ausgehändigten Vordrucke.

Das Fischereilogbuch ist in fortlaufender Nummernfolge zu führen. Wird durch Verschreiben oder sonstige Umstände ein Logbuchblatt übersprungen, ist dieses Blatt mit einzureichen. Wird ein neues Logbuch begonnen, ist dieses auf dem ersten Blatt handschriftlich zu vermerken. Das gleichzeitige Führen von zwei Logbüchern ist nicht gestattet.

Gemäß Artikel 8 Abs. 1 und Artikel 9 Abs. 5 der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 (ABl. EG Nr. L 261), zuletzt geändert mit der Verordnung (EG) Nr. 768/2005 (ABl. EG Nr. L 128) sind der jeweils zuständigen Behörde nach jeder Fangreise binnen 48 Stunden die Fangunterlagen, d. h. eine vom Kapitän oder seinem Beauftragten zu verantwortende Erklärung zu den Einzelheiten des Fanges (Logbuch), sowie ebenfalls binnen 48 Stunden nach der Erstvermarktung vom Erstaufkäufer die Verkaufsabrechnungen, Übernahmeerklärungen und eine Kopie der Begleitdokumente zu übermitteln. Werden Fischereierzeugnisse nach der Anlandung in einen anderen Mitgliedstaat verbracht, ist vom Transportunternehmen innerhalb von 48 Stunden eine Kopie des Begleitdokuments an die zuständige Behörde zu übermitteln.

- e) Zusätzliche Eintragungen in das Fischereilogbuch/Anlanderklärung:

- aa) In der Anlanderklärung des Fischereilogbuches sind die Abnehmer zu vermerken. Wird der Fang direkt mit LKWs abtransportiert, sind die Fahrzeugkennzeichen in das Fischereilogbuch einzutragen. Sind dem Logbuchschein Verkaufsabrechnungen beigelegt, entfällt diese Auflage.

bb) EG-interne Nummer

Bei Fahrzeugen von 8 m Länge über alles und mehr ist im Kopf des Fischereilogbuchscheins unter „Fischereikennzeichen (2)“ auch die EG-interne Nummer des Fischerei-

fahrzeugs für jede Reise einzutragen. Die EG-interne Nummer ist der Lizenz gemäß der Verordnung (EG) Nr. 3690/93 (ABl. EG Nr. L 341) zu entnehmen.

Für Fahrzeuge unter 8 m Länge über alles ist die EG-interne Nummer in die Anlandeerklärung (monatlich) oder in die Verkaufsabrechnung einzutragen.

- cc) Bei der Gespannfischerei mit Fischereifahrzeugen, die nicht zum Führen der Bundesflagge berechtigt sind, werden die Fänge den beteiligten Fischereifahrzeugen zu gleichen Teilen angerechnet. Die Fänge sind entsprechend in das Fischereilogbuch einzutragen und in der Anlande- und Umladeerklärung kenntlich zu machen.

- dd) Im Falle der Gespannfischerei ist der Partner im Fischereilogbuch in den Feldern (1) und (2) anzugeben.

Wird die Fangreise mit einem neuen oder aber ohne Partner fortgesetzt, ist eine neue Logbuchseite zu beginnen. Wird die Gespannfischerei mit einem ausländischen Fahrzeug ausgeübt, müssen die entsprechenden Logbuchscheine des ausländischen Fahrzeugs in Kopie ebenfalls der BLE vorgelegt werden. Die Fangmengen müssen in den Logbuchscheinen vermerkt werden. Bei einer Umladung muss der Kapitän des Fangschiffes die Mengen in der Umladungserklärung angeben. Eine Kopie der Umladungserklärung muss dem Kapitän des übernehmenden Schiffes übergeben werden. Das vom Kapitän des Fangschiffes ausgefüllte Original des Zolldokuments T2M ist dem Kapitän des übernehmenden Schiffes auszuhändigen.

Bei Umladungen oder Anlandungen außerhalb des Gebietes der Gemeinschaft übermittelt der Kapitän dem Staat, dessen Flagge sein Schiff führt oder in dem dieses registriert ist, unverzüglich alle von ihm in der Anlande-/Umladungserklärung eingetragenen Angaben.

Bei der Umladung der Fänge auf ein „Transportfahrzeug“ sind dem transportierenden Fahrzeug folgende Informationen mitzugeben und müssen gleichzeitig auf der Anlande-/Umladungserklärung/Verkaufsabrechnung eingetragen werden:

- Logbuchscheinnummer(n)
- Zeitraum der Fangaktivitäten
- Fischereikennzeichen, Name und Nationalität des am Fang beteiligten Fischereifahrzeuges bzw. -fahrzeuge.

Es muss sichergestellt werden, dass die angelandeten Mengen „reisebezogen“ den einzelnen Fangschiffen zugeordnet werden können.

In diesem Zusammenhang wird auch auf die aktuelle Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2807/83 (ABl. EG Nr. L 276) verwiesen.

- ee) Beim Fang von Lachs in den ICES-Bereichen III b, c, d sind in das Fischereilogbuch die Stückzahl und das Schätzgewicht in kg des gefangenen Lachses einzutragen.

- ff) Zusätzlich sollen zur statistischen Erfassung von ungewollten Beifängen von Seevögeln und Meeressäugetieren in der Fischerei auf freiwilliger Grundlage die Stückzahlen dieser Arten angegeben werden.

f) Besondere Meldepflichten, Meldestellen

aa) Meldepflichten in bestimmten ICES-Bereichen

(1) Bei Anlandungen oder Umladungen von Fängen aus den ICES-Bereichen III a Nord (Skagerrak), III a Süd (Kattegat) und III b, c, d (Ostsee) haben Kapitäne von Fischereifahrzeugen oder deren Beauftragte eine Meldung mit folgendem Inhalt abzugeben:

- Name des Fischereifahrzeuges
- Fischereikennzeichen
- Rufzeichen
- Fangmengen je Fischart in kg
- Bei Fängen, die in Kisten angelandet werden sollen, ist die Anzahl der Kisten und deren Inhalt in kg anzugeben
- Anlandeort oder Umladeort
- Zeit der Ankunft
- Datum und Zeit der Entladung oder Umladung
- Bei Umladungen sind von dem Fahrzeug, auf das der Fang umgeladen werden soll, der Name, das Fischereikennzeichen und die Nationalität anzugeben.

Diese Meldung hat spätestens zu erfolgen:

- im Bereich der Ostsee zwei Stunden,
- im Bereich der Nordsee zwölf Stunden vor dem Einlaufen oder vor einer Umladung.

Die Meldung ist in das Fischereilogbuch unter Angabe der Anmeldestelle einzutragen.

(2) Bei Anlandungen von Fängen aus den ICES-Bereichen IVa, IVb, IVc, Vb, VIa sowie aus norwegischen und isländischen Gewässern haben Kapitäne von Fischereifahrzeugen oder deren Beauftragte eine Meldung mit folgendem Inhalt abzugeben:

- Name des Fischereifahrzeuges;
- Fischereikennzeichen;
- Rufzeichen;
- Fangmengen je Fischart in kg;
- Bei Fängen, die in Kisten angelandet werden sollen, ist die Anzahl der Kisten und deren Inhalt in kg anzugeben;
- Anlandeort;
- Zeit der Ankunft;
- Datum und Zeit der Entladung

Die Meldung hat spätestens zwölf Stunden, in den Fanggebieten südlich 56° N zwei Stunden vor dem Einlaufen zu erfolgen.

Die Meldung ist in das Fischereilogbuch unter Angabe der Anmeldestelle einzutragen.

Von der Anmeldepflicht befreit sind Fahrzeuge der Krabbenfischerei und Fahrzeuge unter 20 m Länge über alles.

Anmeldestellen sind:

Bei Anlandung in Häfen von Mecklenburg-Vorpommern

a) Sassnitz:

Telefon, Anrufbeantworter und Telefax: 03 83 92/3 50 49;

b) Wismar:

Telefon und Anrufbeantworter: 0 38 41/28 29 88  
Telefax: 0 38 41/22 43 41

c) alle anderen Häfen:

Telefon: 03 81/4 05 18-0  
Telefax: 03 81/4 05 18-43

Bei Anlandungen in Häfen von Schleswig-Holstein

Telefon und Anrufbeantworter: 04 31/72 08 00  
Telefax: 04 31/7 20 80 26

Bei Anlandungen in Häfen von Niedersachsen und Bremen

a) Cuxhaven:

Telefon und Anrufbeantworter: 0 47 21/2 34 19  
Telefax: 0 47 21/39 41 07

b) alle anderen Häfen:

Telefon und Anrufbeantworter: 04 71/9 72 54-0  
Telefax: 04 71/7 26 64.

Bei Anlandungen im Zuständigkeitsbereich der Freien und Hansestadt Hamburg:

Telefon: 0 40/4 28 41-17 80  
oder 0 40/4 28 41-17 92  
Telefax: 0 40/4 28 41-20 76

Bei Anlandungen in einem Hafen eines Drittlandes und bei Umladungen (Artikel 17 der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93):

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Hamburg,

Telefon und Anrufbeantworter: 0 40/3 89 05-1 80  
Telefax: 0 40/3 89 05-160

Ausgenommen von der Anmeldepflicht sind Fahrzeuge in der Tagesfischerei (die Zeit vom Auslaufen bis zum Einlaufen in den Anlandehafen beträgt nicht mehr als 24 Stunden), wenn die Anlandung in einem deutschen Hafen erfolgen soll. Unberührt hiervon bleiben die Fahrzeuge, die in der Dorschfischerei tätig sind und beabsichtigen mehr als 300 kg Dorsch anzulanden. Erfolgt die Anlandung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, tritt an die Stelle der vorstehenden Meldung die Mitteilung gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 (ABl. EG Nr. L 261/93) zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 768/2005 vom 26. April 2005 (ABl. EG Nr. L 128). Siehe hierzu Ziffer V. 1. c) dieser Bekanntmachung.

- bb) Alle Fischereibetriebe mit Fahrzeugen unter 8 m Länge über alles haben je Fahrzeug für jede Fischart die Fangmengen in Kilogramm (Fanggewicht) und die Erlöse den zuständigen Landesfischereibehörden oder deren Außenstellen spätestens fünf Tage nach Ablauf des Monats für den vorangegangenen Kalendermonat zu melden. Das Fanggebiet (statistisches Rechteck) ist anzugeben. Erfolgt kein Fangeinsatz, ist eine Fehlmeldung erforderlich. Ist über einen längeren Zeitraum kein Fangeinsatz vorgese-

hen, kann dieses in der letzten Monatsmeldung vermerkt werden. Die Meldungen sind mit Beginn der Fangaufnahme für den betreffenden Monat wieder abzugeben.

- cc) Sind in dieser Bekanntmachung keine besonderen Meldestellen genannt, so sind die zuständigen Abgabestellen in der Bundesrepublik Deutschland für Logbuchscheine, Anlandeerkklärungen, Verkaufsabrechnungen oder andere vorgesehene Meldungen:

(1) für die Große Hochseefischerei (alle Fahrzeuge von mehr als 500 BRZ) und für alle Auslandsanlandungen und Umladungen sowie zusätzliche Meldungen aller deutschen Fischereifahrzeuge:

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

— Referat 522 —

Palmaille 9

22767 Hamburg

Telefon: 0 40/3 89 05-1 80 oder 1 43

Telefax: 0 40/3 89 05-1 60 oder 1 28

E-Mail: Sybille.Moeller@ble.de

(2) für die Kutterfischerei bei Anlandungen in der Bundesrepublik Deutschland:

— für das Land Schleswig-Holstein:

Amt für ländliche Räume Kiel

Abteilung Fischerei

Wischhofstraße 1—3

24148 Kiel

— für die Länder Niedersachsen und Bremen:

Staatliches Fischereiamt Bremerhaven

Am Fischkai 31

27572 Bremerhaven

— für das Land Hamburg:

Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Amt Wirtschaft und Landwirtschaft, Jagd, Fischerei, Pferdezucht

Postfach 11 21 09

20421 Hamburg

— für das Land Mecklenburg-Vorpommern:

Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und

Fischerei Mecklenburg-Vorpommern

Abteilung Fischerei und Fischwirtschaft

Postfach 10 20 64

18003 Rostock

- dd) Eigentümer- und Fahrzeugwechsel

Alle Fangerlaubnisse werden mit der Auflage erteilt, dass folgende Veränderungen über die zuständigen Landesfischereibehörden der BLE unverzüglich anzuzeigen sind:

— Wechsel des Betriebsinhabers

— Änderung des Firmensitzes

— Wechsel der Erzeugerorganisation

— Vercharterung bzw. Wechsel der Vercharterung

Die Veränderungsmeldung muss enthalten:

Bei Wechsel eines Betriebsinhabers:

— betroffener Fischereibetrieb

— Name und Anschrift des ausscheidenden und eintretenden Betriebsinhabers

— zugehörige Fischereifahrzeuge (Name, Fischereikennzeichen, EG-Interne Nummer)

Bei Wechsel in der Zugehörigkeit zu einer Erzeugerorganisation:

— betroffener Fischereibetrieb

— zugehörige Fischereifahrzeuge (Name, Fischereikennzeichen, EG-interne Nummer)

— betroffene Erzeugerorganisationen

Bei Vercharterung bzw. Wechsel der Vercharterung

— betroffener Fischereibetrieb

— betroffenes Fischereifahrzeug

— Name und Anschrift des Charterers

Meldepflichtig sind die von den Veränderungen betroffenen Fischereibetriebe. Eine Veränderungsmeldung muss darüber hinaus durch die jeweilige Erzeugerorganisation bestätigt werden. Soweit der betroffene Fischer versäumt, das Ausscheiden aus einer bzw. den Wechsel der Erzeugerorganisation der zuständigen Landesfischereibehörde umgehend anzuzeigen, wird dies als Verstoß gegen diese Auflage gewertet.

- ee) Soweit Fischereibetriebe Fangquoten durch eine Erzeugerorganisation auf Grund einer Sammelfangerlaubnis gemäß § 3 Abs. 4 des Seefischereigesetzes erhalten, sind die Fänge aus solchen Quoten der Erzeugerorganisation unmittelbar

nach erfolgter Anlandung zu melden. Diese Meldungen sind notwendig, um die Überfischung einer der Erzeugerorganisation zugeteilten Quote zu verhindern. Die Meldeverpflichtungen nach anderen Punkten dieser Bekanntmachung bleiben hiervon unberührt.

Ausgenommen von dieser Auflage sind Fischereibetriebe, deren Fahrzeuge die Fänge über ihre Erzeugerorganisation vermarkten. Meldeverpflichtungen aufgrund von Verordnungen der Europäischen Union oder Bekanntmachungen der BLE bleiben unverändert bestehen.

g) Einbau einer Satellitenortungsanlage

Gemäß Artikel 22 Abs. 1 Buchstabe b) der Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 vom 22. Dezember 2002 (ABl. EG Nr. L 358) werden die im Jahre 2006 ausgesprochenen Fangerlaubnisse unter der Auflage erteilt, dass eine den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 2244/2003 vom 18. Dezember 2003 (ABl. EG Nr. L 331) entsprechende automatische Satellitenortungsanlage einzusetzen ist.

h) Verwendung von Trichter-/Siebnetzen und Sortiergittern in der Garnelenfischerei

Bei der Fischerei auf Garnelen sind Trichter-/Siebnetze oder Sortiergitter zu verwenden.

Die technischen Merkmale, die Trichter-/Siebnetze oder Sortiergitter aufzuweisen haben, sind in Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 3440/84 über das Anbringen von Vorrichtungen an Schleppnetzen, Snurrewaden und ähnlichen Netzen (ABl. EG Nr. L 318), zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 2122/89 (ABl. EG Nr. L 203) festgelegt. Auf diese Vorschriften wird verwiesen.

Befreiung vom Einsatz von Trichter-/Siebnetzen und Netzen mit Sortiergittern

Im Zeitraum 1. Mai bis zum 30. September jeden Jahres ist der Einsatz von Trichter-/Siebnetzen und Netzen mit Sortiergittern nicht erforderlich. In begründeten Ausnahmefällen kann außerhalb des oben genannten Zeitraums eine zeitlich befristete Ausnahmegenehmigung erteilt werden. Der Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung ist bei den zuständigen Landesfischereibehörden zu stellen.

3. Einstellung der Fischerei

Alle Fangerlaubnisse für das Jahr 2006 stehen unter der auflösenden Bedingung, dass durch Rechtsakte der Europäischen Union oder durch Bekanntmachungen der BLE ein Zeitpunkt festgesetzt werden kann, zu dem auf Grund der getätigten Fänge eine Fangquote als ausgeschöpft gilt (Artikel 21 Abs. 2 und 3 Verordnung (EWG) Nr. 2847/93).

Eine Fangerlaubnis kann widerrufen werden, wenn die Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Fangquote oder des zur Verfügung stehenden Fangaufwandes zu erwarten ist. Eine Fangerlaubnis kann darüber hinaus widerrufen oder nachträglich mit Nebenbestimmungen versehen werden, wenn dies im Interesse der Bestandserhaltung erforderlich ist, Veränderungen in der Struktur der deutschen Seefischerei eintreten, die fischereirechtlichen Bestimmungen nicht befolgt werden oder im Interesse einer besseren Bewirtschaftung der Fangquoten und des Fangaufwandes erforderlich ist. Im Übrigen ist § 49 VwVfG. anwendbar.

Eine Fangerlaubnis ist nach Bekanntwerden über die Ausschöpfung einer Quote oder des verfügbaren Fangaufwandes ungültig.

Ab dem Zeitpunkt des Eintritts der auflösenden Bedingung bzw. des Widerrufs ist der weitere Fang von Fischen dieses Bestandes oder dieser Bestandsgruppe sowie das Aufbewahren an Bord, das Umladen oder Anlanden von Fängen, die nach diesem Zeitpunkt getätigt wurden, untersagt.

IV.

Hinweise

1. Technische Lizenzen

Die Ausübung der Fischerei ist nur zulässig, wenn sich eine gültige Lizenz gemäß der Verordnung (EG) Nr. 3690/93 (ABl. EG Nr. L 341) an Bord befindet.

Eine Lizenz ist ungültig, wenn die Angaben in der Lizenz nicht mit den tatsächlichen Gegebenheiten übereinstimmen. Auf Ziffer III. 1. f) dd) dieser Bekanntmachung wird hingewiesen. Die Fischerei mit einer ungültigen Lizenz kann den Verlust der Fangerlaubnis nach sich ziehen. Die Lizenz wird durch die BLE Referat 522, ausgestellt. Anträge sind über die örtlich zuständigen Fischereibehörden zu stellen.

2. Alle Mengenangaben von Fangquoten in den Bekanntmachungen und Einzelfangerlaubnissen beziehen sich auf das Fanggewicht.

3. Spätestens mit Ablauf der Vorläufigen Fangerlaubnisse werden folgende Einzelfangerlaubnisse erteilt:

- a) für alle Fischereifahrzeuge von mehr als 500 BRZ
- b) für Fischereifahrzeuge bis 500 BRZ

- für den Fang von Dorsch in den ICES-Bereichen III b, c, d, ausgenommen Fahrzeuge nach Ziffer II. A. 4. a) dieser Bekanntmachung, soweit keine Einzelfangerlaubnis beantragt wird;
  - für den Fang von Seelachs in allen Gebieten für Fischereifahrzeuge, die bereits im Jahre 2005 diese Fischart gezielt befischt haben, soweit für das Jahr 2006 nicht ausdrücklich eine andere Regelung festgelegt wird;
  - für Fischereifahrzeuge, die den Fang von Seeteufel, Seehecht, Kaisergranat und Tiefseearten gezielt betreiben, wenn ausreichende Quoten zur Verfügung stehen.
4. Die Schiffssicherheitsbestimmungen für den Einsatz der Fischereifahrzeuge in bestimmten Gebieten bleiben von den Fangerlaubnissen unberührt.
  5. Abnehmer von Fischereierzeugnissen unterliegen den Bestimmungen der Bekanntmachung über die Bedingungen für die Abnahme und den Transport von Fischereierzeugnissen, die in Häfen der Bundesrepublik Deutschland angelandet oder in die Gemeinschaft eingeführt werden vom 22. Juni 1999 (BAnz. S.10637) in der jeweils aktuellen Fassung.
  6. Außerhalb der Fischereizonen der Bundesrepublik Deutschland können zusätzliche und/oder abweichende Bestimmungen für den Fang und für die Abgabe von Meldungen gelten. Diese sind zu beachten.
  7. Die Umladung von Dorsch unterliegt den Bestimmungen der jeweils gültigen Verordnung (EG) zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und begleitenden Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in den Gemeinschaftsgewässern sowie für Gemeinschaftsschiffe in Gewässern mit Fangbeschränkungen.
  8. Der Fischfang ohne Erlaubnis, die Nichtbeachtung von Bestimmungen, Auflagen oder unrichtige Fangmeldungen können — neben anderen Tatbeständen — als Ordnungswidrigkeiten mit Geldbußen bis zu 75 000,— € geahndet werden. Fische und Fanggeräte, auf die sich eine Ordnungswidrigkeit bezieht, können eingezogen werden. Insbesondere wird auf § 9 des Seefischereigesetzes und die Verordnung zur Durchsetzung des gemeinschaftlichen Fischereirechts vom 16. Juni 1998 (Seefischerei-Bußgeldverordnung, BGBl. I S. 1355) in der Fassung der Neunten Änderung vom 2. November 2005 (BGBl. I S. 3127) hingewiesen. Im Falle schwerer oder wiederholter Verstöße gegen Bestimmungen des Fischereirechts kann die Fangerlaubnis/Fischereilizenz entzogen werden.
  9. Hinweise zum Fangaufwand
 

Es bestehen für folgende Gebiete Fangaufwandsregeln:

    - a) Skagerrak und Nordsee (ICES-Bereiche IIa(EG); IV a, b; IIIa N); Kattegat (ICES-Bereich IIIaS), westlich von Schottland (ICES-Bereich VIa), östlicher Ärmelkanal (ICES-Bereiche VII d, e) und Irische See (ICES-Bereich VIIa)
 

Die Aufwandsregelung zum Schutz des Kabeljaus in den oben genannten Gebieten wird im Jahr 2006 in ähnlicher Form wie in dem Jahr 2005 fortgeführt und beginnt mit dem 1. Januar 2006. Eine weitere Modifizierung wird von der EU-Kommission in Kürze erfolgen und danach umgehend von der BLE auf nationaler Ebene umgesetzt. Bis zu deren Veröffentlichung bereits erfolgte Fangtätigkeiten werden, soweit sie den Fangaufwandsregelungen unterliegen, auf die erlaubten Fangtage angerechnet.
    - b) Ostsee, IBSFC-Gebiete 22—32
 

Nach Artikel 19 Buchstabe e der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 (ABl. EG Nr. L 261), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 768/05 vom 26. April 2005 (ABl. EG Nr. L 128), sind in das Fischereilogbuch außer den Eintragungen gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2807/83 vom 22. September 1983 (ABl. EG Nr. L 276) in der jeweils geltenden Fassung zusätzlich folgende Eintragungen erforderlich:

Beim Einsatz von Schleppgeräten:

      - Datum und Uhrzeit der Einfahrt des Fischereifahrzeugs in ein Gebiet oder des Auslaufens aus einem Hafen innerhalb dieses Gebietes;
      - Datum und Uhrzeit der Ausfahrt des Fischereifahrzeugs aus dem Gebiet oder des Einlaufens in einen Hafen innerhalb des Gebietes.

Beim Einsatz von stationären Fanggeräten:

      - Datum und Uhrzeit der Einfahrt des Fischereifahrzeugs mit dem stationären Gerät in ein Gebiet oder des Auslaufens aus einem Hafen innerhalb dieses Gebiets;
      - Datum und Uhrzeit des Aussetzens bzw. Verankerns oder des Wiederaussetzens bzw. Wiederverankerns von stationärem Gerät in dem betreffenden Gebiet;

- Datum und Uhrzeit des Abschlusses der Fangtätigkeiten mit stationärem Fanggerät;
- Datum und Uhrzeit der Ausfahrt des Fischereifahrzeugs aus dem Gebiet oder des Einlaufens in einen Hafen innerhalb des Gebietes.

Fahrzeuge, die aus dem Kattegat oder dem Nord-Ostsee-Kanal in die IBSFC-Gebiete 22, 23 oder 24 einlaufen oder die IBSFC-Gebiete verlassen, haben das Datum und die Uhrzeit der Einfahrt oder der Ausfahrt in das Fischereilogbuch einzutragen.

c) In bestimmten Gebieten westbritischer Gewässer und Irlands

Fischereifahrzeuge, die in der Fischerei auf Grundfisch eingesetzt werden — das sind alle Fischarten außer den Tiefseefischarten, die in der Verordnung (EG) Nr. 2347/2002 des Rates vom 16. Dezember 2002 (ABl. EG Nr. L 351) mit spezifischen Zugangsbedingungen und einschlägigen Bestimmungen für die Fischerei auf Tiefseebestände genannt sind — sowie für die Kammuschel-, Taschenkrebss- und Seespinnenfischerei gemäß dem Anhang der Verordnung (EG) Nr. 1954/2003 des Rates vom 4. November 2003 (ABl. EG Nr. L 289) und außer den pelagischen Arten Blauer Wittling, Holzmakrele, Makrele und Hering — unterliegen beim Einsatz bestimmten Auflagen sowie einem Meldesystem zur Registrierung des Fangaufwandes. Die Zuteilung von Fangaufwandszeiten auf die einzelnen Mitgliedstaaten ist von der EU-Kommission in der Verordnung (EG) Nr. 1415/2004 des Rates vom 19. Juli 2004 (ABl. EG Nr. L 258) veröffentlicht worden und wird umgehend von der BLE auf nationaler Ebene umgesetzt. Bis dahin bereits erfolgte Fangtätigkeiten werden, soweit sie den Fangaufwandsregelungen unterliegen, auf die erlaubten Fangtage angerechnet.

Eine Sammelerlaubnis für Fahrzeuge mit mehr als 500 BRZ kann erteilt werden, wenn durch einen Fischereibetrieb oder eine Reederei die Einhaltung der zur Verfügung stehenden Fangtage gewährleistet werden kann. Es wird dringend geraten, sich mit den einschlägigen Verordnungen vertraut zu machen:

d) Fischerei auf Tiefseebestände in den ICES-Gebieten I bis XIV und den Gemeinschaftsgewässern in den COPACE-Bereichen 34.1.1, 34.1.2, 34.1.3 und 34.2

Fischereifahrzeuge, die mehr als 10 t Tiefseearten gefangen und an Bord behalten, benötigen dafür eine spezielle Tiefseefanglerlaubnis. Es ist untersagt mehr als 100 kg/Reise an Tiefseearten zu fangen und an Bord zu behalten, es sei denn, das betreffende Fischereifahrzeug verfügt über eine spezielle Tiefseefanglerlaubnis. Der Fischereiaufwand gemessen in Kilowatt-Tage auf Tiefseebestände ist für das Jahr 2006 auf 70 % des Jahres 2003 beschränkt. Die Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 2270/2004 in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 2347/2002 (ABl. EG Nr. L 356) sind dabei zu beachten.

Ferner sind zu beachten:

- Verordnung (EG) Nr. 1954/2003 des Rates vom 4. November 2003 zu Steuerung des Fischereifangaufwandes für bestimmte Fanggebiete und Fischereiressourcen der Gemeinschaft, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 685/95 (ABl. EG Nr. L 71) und (EG) Nr. 2027/95 (ABl. EG Nr. L 289).
- Verordnung (EG) Nr. 1415/2004 des Rates vom 19. Juli 2004 (ABl. EG Nr. L 258) zur Festsetzung des höchstzulässigen jährlichen Fischereiaufwands für bestimmte Fanggebiete und Fischereien.
- Verordnung des Rates zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und entsprechender Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in den Gemeinschaftsgewässern sowie für Gemeinschaftsschiffe in Gewässern mit Fangbeschränkungen (2006) z. Zt. noch nicht veröffentlicht.
- Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 (ABl. EG Nr. L 261), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 768/2005 des Rates (ABl. EG Nr. L 128).
- Verordnung (EG) Nr. 1449/98 der Kommission vom 7. Juli 1998 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates in Bezug auf Aufwandsmeldungen (ABl. EG Nr. L 192).
- Verordnung (EWG) Nr. 2807/83 der Kommission vom 22. September 1983 (ABl. EG Nr. L 276) zur Festlegung der Einzelheiten der Aufzeichnung von Informationen

über den Fischfang durch die Mitgliedstaaten, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1965/01 vom 8. Oktober 2001 (ABl. EG Nr. L 268).

Die Meldestellen sind im Anhang VIII b der Verordnung (EWG) Nr. 2807/83 aufgeführt. Es dürfen nur Fahrzeuge eingesetzt werden, die in einer Liste aufgeführt sind; hierüber gibt die BLE Auskunft.

10. Der Fang von Fischarten darf nur im Rahmen der der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung stehenden Fangquoten erfolgen. Die gemäß § 3 Abs. 1 des Seefischereigesetzes erteilten Fangerlaubnisse für das Jahr 2006 sind zu beachten. Der Einsatz von Fischereifahrzeugen, die Grundfischarten fangen, darf in Gebieten mit einer Aufwandsregelung nur dann erfolgen, wenn der Bundesrepublik Deutschland Fangaufwand zur Verfügung steht.
11. Die Verpflichtung zur Aufzeichnung in das Fischereilogbuch, gemäß Artikel 19 Buchstabe e der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 (ABl. EG Nr. L 261) in der Fassung der letzten Änderung durch die Verordnung (EG) Nr. 1954/2003 des Rates vom 4. November 2003 (ABl. EG Nr. L 289), gelten auch für den Einsatz von Fischereifahrzeugen in der pelagischen Fischerei.
12. Fischereibetriebe haben in geeigneter Weise dafür zu sorgen, dass sie jederzeit Kenntnis über Veröffentlichungen von Fischereibestimmungen erhalten.

Eine Kopie der Bekanntmachungen über den Fischfang durch deutsche Fischereibetriebe im Jahre 2006 ist an Bord eines jeden deutschen Fischereifahrzeuges mitzuführen.

Von der Auflage — Mitführungspflicht der Bekanntmachungen — sind Fahrzeuge unter 8 m Länge über alles befreit, wenn sichergestellt ist, dass die Kapitäne durch ihre Reederei/Erzeugerorganisation über die einschlägigen Bestimmungen informiert werden.
13. Vor Aufnahme der Fangtätigkeit hat sich der Kapitän eines Fischereifahrzeuges in geeigneter Weise zu vergewissern, ob ein Fangverbot für eine Fischart in dem Fanggebiet angekündigt oder bereits erlassen worden ist oder Beschränkungen für die Ausübung der Fischerei vorliegen.
14. Zum Einsatz von wissenschaftlichen Beobachtern / Observern an Bord von Fischereifahrzeugen wird auf Folgendes hingewiesen:

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach der Verordnung (EG) Nr. 1639/2001 (ABl. EG Nr. L 222 S.53) verpflichtet, eine umfassende Datenerhebung im Fischereibereich durchzuführen. Hierzu ist es erforderlich, biologische Daten auf kommerziellen Fangschiffen zu erheben. Sollte diese Datenerhebung nicht in Zusammenarbeit mit der Fischerei im ausreichenden Maße möglich sein, werden die erforderlichen rechtlichen Schritte ergriffen, um die Datenerhebung zu sichern.
15. Bei jedem Fangeinsatz im NAFO-Regulierungsgebiet ist die Anwesenheit eines Observers an Bord vorgeschrieben. Die genauen Modalitäten sind in der Verordnung (EG) Nr. 855/2004 (ABl. Nr. L 161 S.1) in der berichtigten Fassung (ABl. Nr. L 206 S.1) zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3069/95 des Rates vom 21. Dezember 1995 (ABl. EG Nr. L 329 S. 5) veröffentlicht.
16. Kapitäne von Fischereifahrzeugen, die ihre Fänge ganz oder teilweise gefrostet anlanden wollen, haben die Anlandung mindestens 48 Stunden vorher der BLE anzuzeigen. Anzugeben sind Ort und Zeit der Anlandung sowie die voraussichtliche Dauer des Löschvorganges. Diese Meldeaufgabe gilt für alle In- und Auslandsanlandungen. Bei Anlandungen von mehr als 10 t Hering aus den ICES-Bereichen I, II, IIIa Nord, IV, Vb, VI und VII b, c, d, sowie jeweils 10 t Makrele oder Stöcker aus den ICES-Bereichen IIa, IIIa, b, d, IV, VI und VII ist diese nur in bestimmten Häfen zulässig und voranzukündigen durch eine gesonderte Meldung an die zuständigen Behörden des Mitgliedstaates, in dem die Anlandung erfolgen soll. Diese zusätzliche Meldung muss mindestens vier Stunden vor der Einfahrt in den Hafen erfolgen. Der Kapitän hat abweichend von den Bestimmungen im Anhang IV Nr. 4.2 der Verordnung (EWG) Nr. 2807/83 unmittelbar nach dem Einlaufen in den Hafen die entsprechenden Seiten des Logbuches den zuständigen Behörden (in Deutschland dem Vertreter der zuständigen Landesfischereibehörde bei Fahrzeugen bis zu 500 BRZ, dem Vertreter der BLE bei Fahrzeugen größer 500 BRZ) zu übergeben. Mit der Entladung darf erst begonnen werden, wenn die Genehmigung hierzu erteilt worden ist.
17. Bei Verkauf von Fängen außerhalb deutscher Häfen (Ausland) ist außer dem Fischereilogbuch auch die Verkaufsabrechnung gemäß Artikel 9 der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 (ABl. EG Nr. L 261) zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 768/2005 vom 26. April 2005

(ABl. EG Nr. L 128) durch den Kapitän oder seinen Vertreter an die BLE zu übersenden (Abgabefrist wie für das Fischereilogbuch).

Soweit Fischereiprodukte in Kühllhäuser ausländischer Häfen eingelagert werden, ist anstelle einer Verkaufsabrechnung ein Beleg des Kühllhausbetreibers innerhalb von 48 Stunden nach abgeschlossener Einlagerung an die BLE abzusenden. Dieser Beleg muss mindestens folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung des Kühllhausbetreibers,
- Ort und Datum der Einlagerung,
- Fischereikennzeichen und Name des anlandenden Fischereifahrzeuges,
- Name des für die Anlandung verantwortlichen Kapitäns,
- für jede Fischart das Produktgewicht in kg sowie die Aufmachung.

In der Verkaufsabrechnung bzw. dem Einlagerungsbeleg ist das Fischmehl sowie gegebenenfalls Deputatfisch in kg anzugeben.

18. Hinweis zur Einführung eines elektronischen Logbuches und zur weiteren Ausgabe der bis dahin noch gültigen Papierform: Die Europäische Union plant die Einführung eines elektronischen Logbuches. Aufgrund dessen hat sie bis zu diesem Zeitpunkt die Beschaffung der bisher gültigen Papierform den einzelnen Mitgliedstaaten selbst übertragen. Bei Bedarf sind Logbücher über die zuständigen Landesfischereibehörden bzw. bei der BLE direkt erhältlich.
19. In Zweifelsfällen erteilen die zuständigen Landesfischereibehörden und die BLE Auskunft.

## V.

### Hinweise zu weiteren Verordnungen der Europäischen Union

Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die einschlägigen Verordnungen und Bestimmungen der Europäischen Union unmittelbar in den Mitgliedstaaten gelten. Es wird dringend geraten, sich mit diesen Verordnungen vertraut zu machen. Insbesondere wird hingewiesen auf:

#### 1. Meldepflichten für Fänge und Anlandungen:

- a) Der Kapitän eines jeden Fischereifahrzeuges ist verpflichtet, Fangmeldungen im Funkübermittlungsverfahren nach Anhang VIII der Verordnung (EWG) Nr. 2807/83 vom 22. September 1983 (ABl. EG Nr. L 276), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1965/01 vom 8. Oktober 2001 (ABl. EG Nr. L 268), abzugeben, wenn die Anlandung oder Umladung später als 15 Tage nach dem Fang erfolgen wird. (Zuständige Stelle siehe Ziffer III. 1. f) cc).
- b) Die Kapitäne von Fahrzeugen, die der Pflicht zur Führung eines Fischereilogbuches der EU unterliegen (das sind alle Fahrzeuge mit einer Länge über alles von 8 m und mehr), haben bei Anlandungen (auch im Ausland) innerhalb von 48 Stunden nach Abschluss der Entladearbeiten das vorschriftsmäßig ausgefüllte Original des oder der Logbuchblätter mit der Anlandeerklärung (Angaben über die angelandeten Mengen in der jeweiligen Aufmachung) der zuständigen Stelle zu übersenden (zuständige Stellen siehe Ziffer III 1 f) cc). Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass jede an Bord behaltene Art (auch Krabben und Muscheln) in das Logbuch einzutragen sind, sobald auf einer Reise mehr als 50 kg einer Art (Fanggewicht) an Bord behalten werden.

Rechtsgrundlagen siehe Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 (ABl. EG Nr. L 261), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 768/2005 des Rates vom 26. April 2005 (ABl. EG Nr. L 128) zur Errichtung einer Europäischen Fischereiaufsichtsagentur und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 sowie der Verordnung (EWG) Nr. 2807/83 der Kommission vom 22. September 1983, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1965/01 vom 8. Oktober 2001 (ABl. EG Nr. L 268).

- c) Bei Anlandungen in einem anderen EU-Mitgliedsland sind nach Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 768/2005 des Rates vom 26. April 2005 (ABl. EG Nr. c) L 128) der dortigen zuständigen Behörde mindestens vier Stunden vor dem Einlaufen der Anlandeort, die voraussichtliche Ankunftszeit sowie die Menge jeder anzulandenden Art zu melden. Bei Anlandungen von Fängen aus dem Skagerrak, dem Kattegat und der Ostsee ist eine Mitteilungsfrist von zwei Stunden ausreichend, wenn die Anlandehäfen an den Küsten der vorgenannten Fanggebiete liegen. Innerhalb von 48 Stunden nach Abschluss der Entladearbeiten ist eine Durchschrift der Anlandeerklärung (Logbuchblatt) den zuständigen Behörden des Anlandelandes auszuhändigen (Verordnung (EWG) Nr. 2807/83, siehe Buchstabe a).

d) Umladungen

Bei Umladungen auf ein anderes Schiff ist die erste Durchschrift der Umladeerklärung (Anhang I oder Anhang III der Verordnung (EWG) Nr. 2807/83) dem Kapitän des übernehmenden Schiffes auszuhändigen. Das Original der Umladeerklärung muss der BLE innerhalb von 48 Stunden nach Abschluss der Umladung oder nach Ankunft im Hafen zugesandt werden. Das vom Kapitän des Fangschiffes ausgefüllte Original des Zolldokuments T 2 M ist dem Kapitän des übernehmenden Schiffes auszuhändigen.

In den von der NAFO regulierten Fischereizonen des Nordwestatlantiks wird mit Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1262/2000 (ABl. EG Nr. L 144) allen Fischereifahrzeugen der Gemeinschaft untersagt, Umladungen eines Schiffes einer Nichtvertragspartei der NAFO entgegenzunehmen.

Im NEAFC-Gebiet ist den dort operierenden Fischereifahrzeugen der Gemeinschaft gemäß Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 2791/99 vom 16. Dezember 1999 untersagt, Umladungen vorzunehmen, es sei denn, ihnen liegt eine vorherige Genehmigung der zuständigen Behörden des Landes vor, dessen Flagge sie führen und in dem sie registriert sind. Gemäß Artikel 24 derselben Verordnung ist es allen Fischereifahrzeugen der Gemeinschaft jedoch untersagt, Umladungen eines Schiffes einer Nichtvertragspartei der NEAFC entgegenzunehmen.

2. Sonstige Bestimmungen der Europäischen Union

- a) Für die Fischereitätigkeit, insbesondere für den Zugang zu bestimmten Küstengewässern, ist die Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 (ABl. EG Nr. L 358) zu beachten.
- b) Zur Erhaltung der Fischereiressourcen durch technische Maßnahmen zum Schutz von jungen Meerestieren ist die Verordnung (EG) Nr. 850/98 des Rates vom 30. März 1998, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 6023 /2004 vom 22. März 2004 (ABl. EG Nr. L 97) sowie die Verordnung (EG) Nr. 88/98 des Rates vom 18. Dezember 1997 (ABl. EG Nr. L 9) über bestimmte technische Maßnahmen zur Erhaltung der Fischereiressourcen in der Ostsee, den Belt und dem Öresund in der jeweils geltenden Fassung zu beachten. Außerdem sind die technischen Maßnahmen zu beachten, die jährlich in den Anhängen der Verordnung des Rates zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und entsprechender Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in den Gemeinschaftsgewässern sowie für Gemeinschaftsschiffe in Gewässern mit Fangbeschränkungen aufgeführt sind.
- c) Kapitänen und Abnehmern von Fängen sowie auf See hergestellten Fischereierzeugnissen wird dringend empfohlen, sich mit dem Inhalt der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 (ABl. EG Nr. L 261), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) ) Nr. 768/2005 vom 26. April 2005 (ABl. EG Nr. L 128) vertraut zu machen (siehe hierzu auch Ziffer IV.17. dieser Bekanntmachung).
- d) Ein besonderes Lizenzsystem gilt in den Gewässern um die Shetlands und Orkney-Inseln auf Grund der Verordnung (EWG) Nr. 2166/83 vom 29. Juli 1983 (ABl. EG Nr. L 206), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1964/01 vom 8. Oktober 2001 (ABl. EG Nr. L 268).
- e) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1984/2003 des Rates vom 8. April 2003 (ABl. EG Nr. L 295) gilt für die statistische Erfassung von Rotem Thun, Schwertfisch und Großaugenthun eine besondere Regelung. Wird eine der genannten Fischarten gefangen, hat der Kapitän des anlandenden Fahrzeuges ein statistisches Dokument auszufüllen und dem Erstaufkäufer auszuhändigen. Eine Durchschrift ist der BLE, Palmaille 9, 22767 Hamburg, Referat 521, Telefax 0 40/3 89 05-1 28, zu übermitteln.
- f) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1035/2001 des Rates vom 22. Mai 2001 (ABl. EG Nr. L 145) gilt für die statistische Erfassung von *Dissostichus* spp. eine besondere Regelung. Wird eine der genannten Fischarten gefangen, hat der Kapitän des anlandenden Fahrzeuges ein statistisches Dokument auszufüllen und dem Erstaufkäufer auszuhändigen. Eine Durchschrift ist der BLE, Palmaille 9, 22767 Hamburg, Referat 521, Telefax 0 40/3 89 05-1 28, zu übermitteln.
- g) Mit der Verordnung (EG) Nr. 812/2004 des Rates vom 21. April 2004 zur Festlegung von Maßnahmen gegen Walbeifänge in der Fischerei und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 88/98 (ABl. EG Nr. L 150) in der berechtigten Fassung vom 24. Mai 2004 (ABl. EG Nr. L 185) werden Maßnahmen zur Reduzierung des unbeabsichtigten Beifanges von Walen durch Fischereifahrzeuge der Gemeinschaft in den gemäß den Anhängen I und III dieser Verordnung festgelegten Gebieten festgelegt.

VI.  
Sofortige Vollziehung

Die sofortige Vollziehung wird angeordnet. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung beruht auf § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO. Nach Abwägung sämtlicher im konkreten Fall betroffener öffentlicher und privater Interessen ist dem besonderen Interesse der Bundesanstalt an der sofortigen Vollziehung des Bescheids der Vorrang gegenüber ihrem Interesse an der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs gemäß § 80 Abs. 1 VwGO einzuräumen. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist dringend geboten, um den wirtschaftlichen Einsatz aller deutschen Fischereifahrzeuge zu sichern und um eine Ausfischung der Quoten zu gewährleisten.

VII.  
Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die mit dieser Bekanntmachung verfügten Fangregelungen, die Auflagen und Bestimmungen kann Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung — Referat 522 —, Palmaille 9, 22767 Hamburg, schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Die Frist zur Einlegung des Widerspruchs beträgt einen Monat (§ 70 VwGO). Die Frist beginnt mit Ablauf des Tages, an dem diese Bekanntmachung im Bundesanzeiger bekannt gemacht worden ist.

Der Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung (§ 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO). Die aufschiebende Wirkung kann auf Antrag durch das Verwaltungsgericht ganz oder teilweise wiederhergestellt werden (§ 80 Abs. 5 VwGO). Der Antrag ist an das Verwaltungsgericht Hamburg, Lübeckertordamm 4, 20099 Hamburg, zu richten.

VIII.  
Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

Hamburg, den 12. Dezember 2005  
522 - 114 d - 45.5, Bek. 25/05, Gruppe 52

Bundesanstalt  
für Landwirtschaft und Ernährung

Im Auftrag  
Dr. D i t t m e r